

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Band: - (2022)

Heft: 4

Artikel: Was darf der Staat?

Autor: Lepenies, Philipp

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1007758>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was darf der Staat?

Die Klimakatastrophe ist da. Die Erkenntnis, dass unser industrialisierter und entwickelter Lebensstil nicht zukunftsfähig ist, ist seit Jahrzehnten bekannt. Es ist davon auszugehen, dass aufgeklärte Bürger:innen schon lange darüber informiert sind, dass tiefgreifende Veränderungen angebracht sind. Trotzdem kann man nicht erkennen, dass die Menschen ihr Verhalten grundlegend angepasst hätten. Die Transformation bleibt aus.



Philipp Lepenies
Ökonom und Professor für Politikwissenschaft
an der Freien Universität Berlin

Ebenso wenig scheint «der Markt» in der Lage zu sein, Anreizmechanismen zu entwickeln, um den Transformationsprozess hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaftsweise und zu weniger Umweltzerstörung zu befördern.

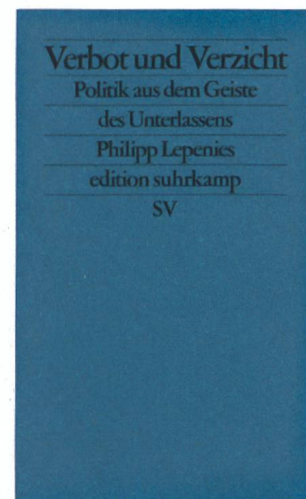
Wenn jedoch weder die Bürger:innen noch «der Markt» zur Transformation beitragen, bleibt als treibende Kraft, zumindest auf nationalstaatlicher Ebene, der Staat übrig. In Deutschland haben staatliche Eingriffe in private Konsumententscheidungen in den letzten zehn Jahren zu empörten Abwehrreaktionen geführt. Die rhetorische Keule, die dabei mit Vehemenz geschwungen wird, ist die einer drohenden «Ökodiktatur» oder einer «Verbots- und Verzichtspolitik», die man selbstverständlich radikal ablehnt. Ein gewichtiges Argument ist dabei die erboste Feststellung, dass ein Eingriff in die individuelle Konsumententscheidung ein Angriff auf die persönliche Freiheit darstellt.

Eine Politik aus dem Geiste des Unterlassens

Allerdings sind es nicht nur die Konsument:innen, die sich ihre Freiheit nicht nehmen lassen wollen. Genügend Politiker:innen lassen ihre potenziellen und tatsächlichen Wähler:innen wissen, dass es mit ihnen eine Verbots- und Verzichtspolitik nicht geben wird. Diese Haltung führt zu dem Phänomen einer «Politik im Geiste des Unterlassens»: Eine Vorstellung, die in einer inaktiven Politik, die das private Konsumverhalten nicht regulieren will, eine gute und tugendhafte Politik sieht. Dies steht allerdings einer Transformationspolitik im Wege. Denn zu glauben, dass eine solche neben vielen anderen Politikinstrumenten nicht auch (!) Verbote und Verzichtsregularien des privaten Konsums beinhalten muss, ist illusorisch. Vielmehr muss akzeptiert werden, dass der Staat in einer Demokratie die Aufgabe hat, das Verhalten seiner Bürger:innen im Sinne des Allgemeinwohls (das

auch zukünftige Generationen einschließen muss) zu lenken und zu regulieren.

Anscheinend stehen wir nicht nur vor der Aufgabe der Transformation von Produktion und Konsum, sondern auch vor der Notwendigkeit, zunächst die Glaubensgrundsätze vieler Menschen aufzugeben: Die Idee, dass Freiheit bedeutet, hemmungs- und verantwortungslos zu konsumieren, sowie die irrwitzige Vorstellung, dass von demokratischen Regierungen ersonnene Einschränkungen des Konsums vor dem Hintergrund des Klimawandels direkt in eine Ökodiktatur führten. Die Veränderung dieser ideologischen Prägungen ist eine Herkulesaufgabe. Hoffen wir, dass es keine Sisyphusarbeit ist.



Im Suhrkamp Verlag von Philipp Lepenies zuletzt erschienen: *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens.*

ISBN 978-3-518-12787-2